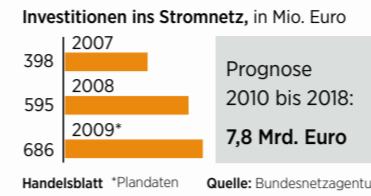


**Handelsblatt-Jahrestagung
Energiewirtschaft:
Die Branche steht vor gewaltigen
Umwälzungen**



Energieversorgung von morgen
Wirtschaftsminister Rainer Brüderle verspricht, rasch ein Konzept vorzulegen und der Branche Planungssicherheit zu geben.



Investitionen in die Zukunft
Damit Strom aus erneuerbaren Energien wie der Windkraft zum Verbraucher gelangt, muss das Netz dringend modernisiert werden.



Konkurrenz belebt
Ohne Wettbewerb lässt sich der Umbau des Energiemarktes nicht erreichen, betont der neue Kartellamts-Chef Andreas Mundt.

Energiekonzept:
Eckpunkte sollen im Juni kommen

Eon-Chef Wulf Bernotat greift die Bundesnetzagentur an

Die Behörde habe nur die Kosten im Blick, statt Investitionsanreize zu setzen, kritisiert der Manager. Chefregulierer Kurth weist die Vorwürfe zurück.

Jürgen Flauger, Klaus Stratmann
Berlin

Eon-Chef Wulf Bernotat sieht die Modernisierung des Stromnetzes durch die strenge Regulierung in Deutschland bedroht. „Die gegenwärtige Praxis der Bundesnetzagentur bietet nicht nur keine Anreize für Investitionen, sie wirkt sogar als Investitionsbremse“, sagte Bernotat gestern auf der Handelsblatt-Energetagung in Berlin. Jeder investierte Euro bringe den Netzbetreibern zurzeit nur 83 Cent an Ertrag zurück. Unter anderem würden Fremdkapitalzinsen nicht ausreichend berücksichtigt. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, wies die Vorwürfe entschieden zurück.

Tatsächlich ist das letzte Energiekonzept einer Bundesregierung elf Jahre alt - und damit völlig überholt. Die Branche kritisiert seit langem, die Politik gebe ihr kein Konzept an die Hand, das Investitionsentscheidungen erleichtere.

Die Unternehmen erwarten von dem Konzept auch eine klare Ansage zur Zukunft der Kernenergie. Zwar hat die Bundesregierung den vier Kernkraftwerksbetreibern grundsätzlich eine Laufzeitverlängerung zugesagt, die Konditionen sind aber noch unklar. Brüderle unterstrich, dass die Bundesregierung „mindestens die Hälfte“ der zusätzlichen Gewinne abschöpfen wolle.

Zu den Eckpfeilern einer „Energieagenda der Zukunft“ zählt Brüderle eine weitere Stärkung des Wettbewerbs auf dem Strom- und dem Gasmarkt. Mit Blick auf den Gasmarkt hegt Brüderle konkrete Vorstellungen: Eine neue Gasnetz-zugangsverordnung könne bereits „Mitte des Jahres in Kraft treten“, sagte Brüderle. Die Verordnung soll die diskriminierungsfreie Nutzung der Gasnetze verbessern und kommt damit insbesondere Newcomern auf dem Gasmarkt zugute.

Außerdem will Brüderle den Stromtransport über die Grenzen erleichtern und dazu den Ausbau der Grenzkuppelstellen vorantreiben. Von einer Markttransparenzstelle verspricht er sich eine bessere Aufsicht über die Preisbildung im Stromgroßhandel.

Bekennnis zur Kohle
Der Wirtschaftsminister bekennt sich zur Kohle als Energieträger. „Wir brauchen den Bau neuer, hoch-effizienter Kohlekraftwerke“, sagte Brüderle. Der Rechtsrahmen für Demonstrationskraftwerke mit der Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid („Carbon Capture and Storage“, kurz CCS) müsse rasch geschaffen werden. Brüderle forderte zugleich einen stärkeren Einsatz der Unternehmen für die CCS-Technologie. „Hier dürfen die die Politik nicht allein lassen“, sagte Brüderle zu den Energiemanagern. Das Thema stößt in der Bevölkerung auf Widerstand.

Um die neuen Herausforderungen bewältigen zu können, soll Schritt für Schritt eine intelligente Steuerung eingeführt werden. Ausgangspunkt sind intelligente Strom-zähler in den Haushalten, die den Verbrauchern aktuelle Verbrauchsdaten liefern und die langfristig auch Geräte in den Haushalten steuern können. Zudem muss aber auch das gesamte Netz mit moderner Infor-mationstechnologie aufgerüstet werden. Die nötigen Investitionen werden von Bernotat für Deutschland auf rund 20 Mrd. Euro geschätzt. Allein auf Eons umfangreiches Nieder-



Wulf Bernotat: Der Eon-Vorstandschef bei seiner Rede und in der Diskussion mit dem Kölner Energiewissenschaftler Marc Oliver Bettzüge und Handelsblatt-Chefredakteur Bernd Ziesemer (v. l.).



spannungsnetz entfielen neun bis zehn Mrd. Euro.

„Das bestehende Stromnetz ist nicht für eine stärker dezentral organisierte, von erneuerbaren Energien dominierte Energieversorgung ausgelegt“, sagt Bernotat. „Ein modernes Stromnetz ist der Schlüssel zur Energiezukunft.“ Nur mit ihm könnten die energie- und klimapolitischen Ziele verwirklicht werden. Die Bundesregierung hat den Aufbau von intelligenten Netzen auch

lich zweistellige Prozentsätze gesenkt. Sie hat so die Chancen neuer Anbieter erhöht, sich im deutschen Markt zu engagieren.

Dagegen sei im Grundsatz auch nichts einzuwenden, wenn es nur darum ginge, ein bestehendes Netz zu managen. „Für einen massiven Ausbau und die umfassende Modernisierung der Netze brauchen wir eine Regulierung, die Investitionsanreize gibt.“

„Viele andere Branchen wären froh über eine solche Rendite, die noch dazu garantiert ist.“

Matthias Kurth
Präsident der Bundesnetzagentur

Unterstützung bekam der Eon-Chef auf der Tagung von der Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Hildegard Müller. Chefregulierer Kurth kann die Vorwürfe von Bernotat aber nicht nachvollziehen: „Von einer negativen Rendite kann nicht die Rede sein“, sagte er auf Anfrage des Handelsblatts. Die Verzinsung des Eigenkapitals liege für neue Investitionen bei 9,29 Prozent. Sie sei damit deutlich im positiven Bereich und auskömmlich. „Viele andere Branchen wären froh über eine solche Rendite, die noch dazu garantiert ist.“

Es sei verständlich, wenn der Vorstand eines Energiekonzerns eine noch höhere Rendite einfordert, ergänzte Kurth. An der Rechtmäßigkeit und Angemessenheit des Handelns seiner Behörde ändere dies allerdings nichts. Wie die Eigenkapitalverzinsung zu erfolgen hat, sei gesetzlich festgeschrieben. Und dass sich auch hier die Bundesnetzagentur an Recht und Gesetz hält, sei bereits mehrfach vom Bundesgerichtshof und kürzlich auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden.

„So einfach wie Herr Bernotat sollte man es sich nicht machen“, betonte Kurth. Der Bundesnetzagentur könne eine Behinderung der erforderlichen Neuausrichtung der Stromerzeugung nicht vorgeworfen werden. Sie begleite und unterstütze die notwendigen Veränderungen und werde das auch in Zukunft tun. Sie müsse aber auch die verschiedenen Interessen zum Ausgleich bringen.

Kurth verwies zugleich darauf, dass die Netzbetreiber eine gesetzliche Pflicht zum bedarfsgerechten Ausbau der Netze hätten. „Insoweit liegt es nicht in ihrem Ermessen, ob sie einen Beitrag zur Energiegewende leisten oder nicht.“

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) sprang dem Chefregulierer bei. Die Bundesnetzagentur habe erst jüngst 4,3 Mrd. Euro für den Netzausbau genehmigt. „Das ist das Startsignal, jetzt sind die Betreiber dran.“

Solarförderung: Einschnitt von 17 Prozent zeichnet sich ab

Jürgen Flauger, Klaus Stratmann
Berlin

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) und Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) ziehen bei der Kürzung der Solarstromförderung an einem Strang. Brüderle sagte gestern bei der Handelsblatt-Jahrestagung Energiewirtschaft, eine Kürzung der Fördersätze um 16 oder 17 Prozent sei angemessen. Das Umweltministerium tendiert nach Informationen des Handelsblatts aus Regierungskreisen in dieselbe Richtung. Brüderles Vorstoß basiert auf einer Prognos-Studie, die dieser Beauftragte vorliegt. Dort heißt es, die Vergütungen für 2010 sollten im Vergleich zu den aktuellen Sätzen „um mehr als 15 Prozent gesenkt wer-

den“. Das Beratungsunternehmen empfiehlt außerdem, die jährliche Degression der Förderung variabel zu gestalten: Wenn mehr als 1500 Megawatt (MW) neu installiert werden, soll die Degression acht Prozent betragen, bei mehr als 2500 MW elf Prozent. 2009 wurden nach Branchenschätzungen Anlagen mit einer Kapazität von mindestens 3000 MW installiert.

Einschnitte werden erforderlich, weil es nach einhelliger Meinung von Politik und Solarbranche derzeit eine Überförderung gibt. Der Grund dafür liegt im Preisverfall für Solaranlagen. Nach Prognos-Berechnungen sind die Preise für Photovoltaikanlagen seit der letzten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2008

um mehr als 30 Prozent gefallen. Da die EEG-Vergütung für den ins Netz eingespeisten Solarstrom jedoch nur leicht fiel, erzielen die Investoren Renditen im zweistelligen Bereich. Das EEG sieht für neue Solaranlagen eine Vergütung vor, die abhängig vom Anlagentyp - bis zu 39 Cent je Kilowattstunde betragen kann. Die Höhe der Vergütung wird für 20 Jahre garantiert.

CDU, CSU und FDP hatten sich daher in ihrer Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgeschriebenen Einspeisevergütungen für Photovoltaikanlagen kurzfristig zu überprüfen. Bereits in der vergangenen Woche hat das in der Sache federführende Umweltressort mit der Branche und

mit Verbraucherschützern Gespräche geführt. Die Solarbranche schlägt vor, die Förderung bei anhaltendem Marktwachstum jährlich um bis zu fünf Prozentpunkten schneller abzusenken als bislang vorgesehen. Nach dem EEG sinkt die Solarförderung für neue Anlagen um rund neun Prozent im Jahr, dem Branchenkonzept zufolge wären also 14 Prozent möglich. Aus der Sicht von Verbraucherschützern reicht das nicht. Sie fordern einen einmaligen Einschnitt der Förderung um 30 Prozent. Umweltminister Röttgen wird voraussichtlich heute seinen Kompromissvorschlag vorstellen.

Teile der Branche sehen die angelegten Kürzungen kritisch. In einem Papier des SPD-Bundtagsab-

geordneten und Eurosolar-Präsidenten Hermann Scheer heißt es, die Debatte sei einseitig auf die Fördersätze fokussiert. „Wenn jetzt ein Absinken der garantierten Einspeisevergütungen ansteht, sollte zugleich eine offensiv ausgerichtete Weiterentwicklung der Photovoltaik-Forschung eingeleitet werden“, heißt es in dem Papier. Scheer regt darin ein geschlossenes Konzept für eine solare Investitionsstrategie an. Außerdem fordert er eine weniger starke Degression bei kleineren Anlagen, um den dezentralen Charakter der Photovoltaik zu stärken.

Aktuelle Berichte zu Energie und Umwelt:
handelsblatt.com/energie



**Einzigartiges Design ist eine Sprache, die jeder versteht:
Der Audi A6 – erfolgreichstes Business-Automobil weltweit.***

**Der beste Audi A6, den wir je gebaut haben.
Jetzt mit vier attraktiven Ausstattungspaketen.**

Gutes Design spricht für sich selbst: Akribisch geformte Oberflächen zeugen von höchster Präzision, innovative LED-Technologie zeigt das Streben nach progressiven Lösungen und aufwändig verarbeitete Materialien im Innenraum beweisen die Liebe zum Detail. Für den Audi A6 spricht jedoch nicht nur seine Form – sondern auch sein Preis. Fragen Sie Ihren Audi Partner nach den vier attraktiven Ausstattungspaketen sowie einer optionalen Anschlussgarantie – er informiert Sie gern.

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 7,0-14,8; außerorts 4,3-7,5; kombiniert 5,3-10,2; CO₂-Emission in g/km: kombiniert 139-244

*Seit 3 Jahren durchschnittlich das meistverkaufte Business-Automobil seiner Klasse.

